

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

17.1.1923 (No. 14)

Expedition:
Karlsruher
Str. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. A. M. e. n. d.
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für Januar 1923 4 A — Einzelnummer 40 A — Anzeigengebühr: 35 A für 1 mm Höhe und ein Diebstahl Zeile. Briefe und Gelder frei. Bei Werbungen tarifmäßiger Natur, die als Kassenabgabe gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Nützliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsriedstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweiser Beitreibung und Kontenverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Deutschfreundliche Stimmung in Chile.

Aus Santiago, 17. Oktober, wird uns geschrieben: Die Stimmung gegen Deutschland in Chile war von jeher freundlicher, als in den meisten anderen Ländern Südamerikas und es kann daher nicht Wunder nehmen, daß jetzt, wo sich selbst in anderen Ländern ein Wandel der Stimmung zugunsten Deutschlands vollzieht, die gute Meinung in Chile noch mehr hervortritt.

Das gesteigerte Interesse für Deutschland gibt sich auch dadurch kund, daß, was gegenüber der Vorkriegszeit vollkommen neu ist, die größeren chilenischen Tageszeitungen sich jetzt durch eigene Korrespondenten in Deutschland ein Urteil über die deutschen Zustände zu bilden versuchen. Diese Berichterstatter senden ihren Zeitungen meist wohlwollende Artikel über einzelne große deutsche Städte oder über große deutsche industrielle Unternehmungen, beispielsweise über die Krupp-Werke, zu. Auch sind, was ebenfalls eine Neuheit für Chile ist, in den letzten Monaten in verschiedenen Zeitungen Interviews mit führenden deutschen Persönlichkeiten, insbesondere Staatsmännern, erschienen.

Neben der Befassung mit reinpolitischen oder mit wirtschaftspolitischen Fragen widmen die Zeitungen auch deutscher Wissenschaft und Kunst ihre Interesse. So ist der Besuch einer deutschen Theatergruppe eingehend besprochen worden, ebenso wie die Vorträge deutscher Gelehrter. Ein vom deutschen Gesandten, Herrn von Erdert, im hiesigen Club de Seniores in spanischer Sprache gehaltenen Vortrag über Reisen in Chile ist sogar vom „Mercurio“ zum Gegenstand eines schmeichelhaften Leitartikels gemacht worden.

Ich sage „Jogar“ vom „Mercurio“, denn dieses Blatt ist allerdings nicht deutschfreundlicher geworden als früher. So hat er kürzlich einen Bericht des französischen Generalkonsuls in Hamburg mit der Behauptung, Deutschland betriebe absichtlich den Markt, wiedergegeben. Ein anderes Blatt, der „Diario Austral“ hat ebenfalls einen Artikel aus französischer Feder mit derselben Tendenz gebracht. Überhaupt treiben die Franzosen eine sehr eifrige Propaganda; so hat der Gabasdienst seine propagandistische Tätigkeit in der letzten Zeit weitaus verstärkt, allerdings ohne sonderlichen Erfolg. Denn die Telegramme der nordamerikanischen Agenturen haben, wie fast überall in Südamerika, Gabas weit überflügelt. Das letzte und größte Mittel der französischen Propaganda ist das Geld. Es wird gemunkelt, daß die diplomatische Vertretung Frankreichs dem der Bedeutung nach an zweiter Stelle stehenden Blatte Santiago der „Nacion“ nicht unbeträchtliche Geldmittel zur Verfügung gestellt habe. Dafür spricht auch, daß dieses Blatt sich in letzter Zeit eine ganz respektable ausgestattete Wochenausgabe unter dem Titel „Los Tiempos“ zugelegt hat.

Daß trotz dieser französischen propagandistischen Bestrebungen, denen das arme Deutschland nichts entgegenzusetzen hat, die chilenische Presse im großen und ganzen eine durchaus wohlwollende Haltung gegen Deutschland zeigt und daß dadurch in immer weiteren Kreisen eine gerechte Würdigung Deutschlands Platz greift, ist doppelt anzuerkennen.

Seefische und Fischindustrie.

Von Paul Dehn, Hamburg.

Noch immer besteht im Binnenlande vielfach die Meinung, daß Seefische frisch und preiswert nur an der Wasserfront zu haben sind. So war es einmal, als es noch keine Eisbahnen und Eisfabriken gab. Heutzutage werden frische Seefische von der Nordsee bis nach Oberbayern, nach Wien, und der Schweiz verschickt, und dort nicht weniger frisch und preiswert wie an der Wasserfront angeboten. Nach einer alten Erfahrung gehen leicht verderbliche Lebens- und Genussmittel nicht dorthin, wo sie die höchsten Preise erzielen, sondern dorthin, wo sie den größten Absatz finden. So kommt es, daß Lebens- und Genussmittel in den Großstädten billiger sind als auf dem Lande, zuweilen billiger als am Erzeugungsort selbst. So war es in Ostende. Wollte dort ein Großhändler frische Seefische haben, so mußte er, obwohl sie vor seiner Tür gefangen wurden, sich nach Paris an die Großhändler wenden, die auf Jahre hinaus den ganzen Ertrag des Fischfanges gepachtet hatten und abführten. An der Wasserfront, in Hamburg, Altona, Cuxhaven und Geestmünde werden die einlaufenden Fischfänge sofort veräußert und auf die Märkte nah und fern gebracht.

Nur in einem Punkte stehen die Binnenländer hinter den Küstenbewohnern zurück, in Bezug auf die Auswahl der Fische. Marktfähig sind im Binnenlande an Seefischen außer dem Hering hauptsächlich Schellfisch und Kabeljau, Flundern oder Schollen, Rotzungen, an Südfischen der Steinbutt, seit einiger

Zeit auch die Makrele. Beliebter vor allem ist der Hering in jeder Gestalt, frisch, gesalzen, geräuchert und mariniert als Hollkops, Matjes- und Bismarckhering mit seinen nächsten Verwandten, den Sprotten, Sardinen und Sardellen. Ein Liebhaber des Herings war Bismarck, der einmal meinte, der Hering würde noch weit mehr geschätzt werden, wenn er nicht in so großen Massen erschiene. In armeren deutschen Gegenden, wie im Erzgebirge, erhebt der Hering das Fleisch.

An Schellfisch und Kabeljau verbrauchen die Deutschen 90 Millionen Kilogramm jährlich, also etwa 1 1/2 Kilogramm auf den Kopf.

Außer dem garten Schellfisch, dem geälligen Kabeljau, der Knusperlingen Scholle, der schmackhaften Rotzunge, der lederen Makrele und dem feinen Steinbutt gibt es doch eine Reihe anderer Seefische, die an der Wasserfront geschätzt werden, im Binnenlande aber noch weniger bekannt sind. Der Köhlerfisch wurde früher verachtet und ins Meer zurückgeworfen, wenn man ihn in den Netzen fand. Heutzutage schätzt man jedes Lebensmittel höher und unter dem verlockenden Namen Seezander hat auch der Köhlerfisch Abnahme gefunden. Geräuchert wird er schmackhafter und kann preiswürdig verkauft werden. Ein anderer Fisch zweiter Güte ist der Molbarich, der im Handel Seezander, Seezander oder Goldbarich genannt wird.

Zwei ausgezeichnete Fischarten sind im Binnenlande noch viel zu wenig bekannt, obwohl sie sich durch Schmackhaftigkeit und Nährhaftigkeit auszeichnen. Der Seeeteufel und der Knurrhahn. Der Seeeteufel wird bis zu einem Meter lang und in neuerer Zeit als Karbonadenfisch verkauft, weil ihn der Händ-

ler ähnlich wie dem Kabeljau und am Mittelmeer den Tunfisch in Scheiben schneidet und die Köchin ihn wie Karbonade bratet. Selbst für vermehrte Feinschmecker ist dieser Fisch ein Lederbissen, dabei bequem zu essen, weil er nahezu grätenlos ist.

Anderer gearteter, aber mit seinem festen Fleisch ebenso nahrhaft und schmackhaft ist der graue Knurrhahn, in neuer Zeit auch Seezofelle genannt, bis 1/2 Meter lang, ein Fisch, der gegottet fast noch besser schmeckt als gebraten und den besonderen Vorzug hat, angenehm zu sättigen.

Mit diesen Fischen geht es wie mit den Pilzen. Was der Bauer nicht kennt, das ist er nicht.

Die meisten Fische kommen aus der Nordsee. Um gute Fänge zu machen, fahren die deutschen Fischdampfer weit über die Nordsee hinaus bis nach Island und ins Nordmeer. Zweifelloso wird im Norden Deutschlands u. in den Niederlanden der Fischfang planmäßiger und erfolgreicher betrieben als irgendwo auf der Welt, auch ist der Fischbestand im Binnenlande hier besser organisiert als z. B. an den Küsten des Mittelmeeres. Auch die Fischindustrie hat in Deutschland eine hohe Stufe erreicht. Annähernd zwei Fünftel der eingehenden Seefische macht man haltbar und zugleich schmackhafter durch Einfrieren, Pökeln und Räuchern. Bei dem Marinieren werden die Fische gefischt oder gebraten oder auch in Salz- und Essigpökelung zubereitet, in Essigsaft oder Gellert gemuschelt gemacht und in Flaschen, Büchsen oder Gläsern auf den Markt gebracht.

Protestkundgebung im Reichswirtschaftsrat.

Der Einmarsch ins Ruhrgebiet in den Pariser Kinos — Ein neuer Bruch des Völkerrechts — Kommende Kohlennot und Arbeitslosigkeit — Einschränkung und Einstellung von Betrieben.

Vor dem die deutsche Wirtschaft, und zwar sowohl die Arbeitgeber als die Arbeitnehmer, repräsentierenden Forum des Reichswirtschaftsrates kam es heute ebenfalls zu einer starken Protestkundgebung gegen den französischen Einmarsch in das Ruhrgebiet. Der neugewählte Vorsitzende Leppart gab die Erklärung ab, daß sich das Haus mit dem Ausbruch tiefer Empörung dem allgemeinen Protest gegen die durch nichts entschuldbare Verletzung eines wehrlosen Landes anschließe. Dennoch dürfe gerade in diesem Hause, das der deutschen Wirtschaft dienen soll, keine Kopfhänger getrieben werden. Die Aufgabe sei jetzt mehr als je, den Ausgleich der Interessen zwischen den verschiedenen Gruppen der deutschen Wirtschaftstätigen anzustreben.

Vor Eintritt in die Tagesordnung ergriff

Reichswirtschaftsminister Dr. Becker

das Wort zu einer Darlegung der bisherigen Folgen der Ruhrbesetzung. Vorher gab auch er eine Protesterklärung gegen die Brutalität des französischen Vorgehens ab und teilte dabei mit, daß bereits am Sonntag in den Pariser Kinos der theatralische Einmarsch der Franzosen durchgeführt wurde. Er behauptete auch einmal, daß die Begründung der Franzosen für das Vorgehen gegen die Ruhr nur lächerlicher Vorwand sei und verwies auf das deutsche Angebot, die Forderungen durch englische Kohle zu ersetzen, was Frankreich bezeichnenderweise abgelehnt habe. Minister Becker führte dann weiter aus, daß die Ruhrbesetzung Deutschlands in den Kohlenlieferungen einen Wert von etwa 20 bis 25 Millionen Franken haben. Die Zahl der Soldaten, die Frankreich in das Ruhrgebiet geschickt habe und die stärker als ein Armeekorps sind, wird auf rund 60 000 Mann geschätzt. Bei einem Sold von 2 1/2 Franken im Tag, den die französischen Soldaten erhalten, könne man sich berechnen, wieviel Millionen die Besetzung in jedem Monat kosten werde.

Die deutsche Regierung habe den Bauhaug durch die Einstellung aller Reparationsleistungen an Frankreich und Belgien beantwortet. Die französische Regierung aber plane jetzt auch die Einziehung der deutschen Kohlensteuer. Dies ist ein neuer großer Bruch des Völkerrechts. Wir vermögen ihn nicht zu verhindern, sind aber gerüstet auf diese Maßnahme und werden dagegen diejenigen Maßnahmen treffen, die geeignet sein werden, jene Gewaltmaßnahmen zu bereiteln. Die Franzosen werden heute und morgen nicht von der Ruhr weggehen und die Wirkungen auf unser ganzes Wirtschaftsleben werden schon vielleicht noch nicht langer Zeit sehr schwer sein. Aber das Schlimmste werden wir zunächst einmal hinwegkommen. Wir werden uns aber auch heute schon darauf einstellen müssen, daß Einschränkungen in der Zuteilung deutscher Kohle unabwendbar sein werden und daß wir unsere Betriebe schon heute danach einstellen und unter Umständen abstellen. Wir werden auch mit einer starken Teuerung unserer Lebenshaltung für die nächste Zeit zu rechnen haben. Der Gütererzeugung und dem Umsatz liegt die schwere Pflicht ob, die Verteuerung nicht über das unbedingt notwendige Maß hinausgehen zu lassen. Mit gesetzlichen und Verwaltungsmahnahmen ist leider, wie die Erfahrungen beweisen haben, nicht viel zu machen. Was die Regierung tun kann, sind wir bereit zu tun. Wir haben bereits Verhandlungen mit den Verbänden eingeleitet und diese Verhandlungen mit den einzelnen Zweigen der Wirtschaft werden demnächst fortgesetzt werden. Mit den Gewerkschaften werden in aller nächster Zeit neue Verhandlungen stattfinden. Überlassen dürfen wir uns nicht lassen von dem, was kommen wird. Wir müssen mit

Arbeitslosigkeit, mit Einstellung und Einschränkungen der Betriebe rechnen und uns bereits vorsehen.

Täuschen wir uns nicht darin, daß, wenn auch Hilfe vom Ausland kommen sollte, auf die wir nicht rechnen können und wollen — wir wollen allein stehen und allein auf uns angewiesen sein — diese Hilfe sehr lange auf sich warten lassen wird. Wenn es schon den anderen Mächten nicht gelungen ist, die Franzosen von dem Einbruch ins Ruhrgebiet zurückzuhalten, so wird es noch schwerer sein, sie zurückzubringen.

Wenn wir alles das, was uns bevorsteht, bestehen wollen, so müssen wir uns in einem zusammenfinden: Wir müssen gemeinsam mit Ernst und Würde zu tragen versuchen, was uns die Zukunft auch bringen möge. Im Reichstag ging die Abwehrfront von Reichs bis tief in die Linke hinein und die Demonstrationen am Sonntag haben gezeigt, daß diesmal hinter dem Reichstag und der Reichsregierung das ganze Volk steht. Der Obmann des Betriebsrats von Krupp hat den Arbeitern zugerufen: Wir sind Deutsche und werden Deutsche bleiben trotz französischer Bajonette und Franken. Einiges Zusammenstehen ist jetzt die Parole.

Ich wüßte auch kein besseres Wort zum Schluß meiner Darlegungen. Die Reichsregierung kennt ihre Pflicht und wird sie bis zum letzten erfüllen. Sie ist überzeugt, daß sie hierbei die Unterstützung des ganzen Volkes, vor allem aber auch der Wirtschaftskreise haben wird, die in ihm so hervorragend vertreten sind. (Lebhafte Beifall.)

Nachdem noch der Geschäftsführer des Technikerverbandes und des Deutschen Werkmesserverbandes im Ruhrgebiet Brede mann (Essen) als Vertreter der Ruhrbezirks eine Erklärung abgegeben hatten, in der sie den festen Willen der Bevölkerung des neu besetzten Gebietes zum Durchhalten kundgaben, wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der der Reichswirtschaftsrat gegen die Gewaltakte Frankreichs und Belgiens schärfsten Protest einlegt und erklärt, der Reichsregierung bei der Abwehr dieser Gewaltakte mit allen zweckdienlichen Mitteln behilflich zu sein.

Vor einer weiteren Brotpreiserhöhung.

Wie die „Voss. Zeitung“ mitteilt, mußten infolge der Preiserhöhung, die besonders wegen des starken Fallens der Mark für das Auslandsgetreide notwendig wurde, die Abgabepreise der Reichsgetreidebörse erhöht werden. Es kostet daher vom 15. Januar eine Tonne Roggen 197 000 M., eine Tonne Weizen 212 000 M., Dementsprechend beträgt der Preis für den Doppelzentner Roggenmehl 27 000 M. und für den Doppelzentner Weizenmehl 29 000 M. Da auch die Kosten des Getreide-mahlens, für die Frachten, sowie die Kosten beim Verpacken und Verkauf des Mehls gestiegen sind, glaubt das Blatt mit einer nahe bevorstehenden weiteren starken Preiserhöhung für Brot rechnen zu müssen.

Auszahlung einer Beamtenzulage.

Der unter Verletzung des Versailler Vertrages in den letzten Tagen erfolgte Einmarsch der Franzosen in Belgien verschärft die wirtschaftliche Lage und damit die Lebenshaltung in den betroffenen Ortschaften in der empfindlichsten Weise. Die Regierungen des Reiches und von Preußen haben daher ihren Beamten, Angestellten und Arbeitern zur Wahrung der geschaffenen Not eine Zulage zu ihren Bezügen, Vergütungen und Löhnen bewilligt, deren Auszahlung alsbald erfolgt.

Politische Neuigkeiten.

Deutscher Reichstag.

Der Reichstag verweirte zu Beginn der Sitzung einen Antrag der Geschäftsordnungscommission entsprechend die Genehmigung zur Strafverfolgung der sozialdemokratischen und kommunistischen Abgeordneten Wittmoos, Völlein, Kemmele, Dr. Hofes, Koenen, Frölich und Jübeil.

Dann wurde der Auslieferungsvertrag mit der Tschechoslowakei in allen drei Lesungen genehmigt.

Das Gesetz zur Vereinfachung der allgemeinen Verbindlichkeitsklärung von Tarifverträgen wurde in dritter Beratung debattelos angenommen; ebenso eine Novelle zum Weingesez, die sich auf den Gebrauch französischer und portugiesischer Herkunftsnamen bezieht.

Dann kam die Novelle zum Pressenotgesetz zur ersten Beratung. Darnach soll die Holzverkaufsabgabe zugunsten der Rückvergütungen für die Presse mit Wirkung vom 1. Januar d. J. von 1/2 Prozent auf 1 1/2 Prozent erhöht werden.

Abg. Fischer (Soz.) macht für die Not der Presse in erster Linie die übermäßige Steigerung der Holzpreise und die Preispolitik der kartellierten Papierindustrie verantwortlich. Von den Staatsforsten sei derselbe Wucher getrieben worden, wie von den privaten Forstbesitzern. Die sozialdemokratische Fraktion beantragt die Einführung einer Naturalabgabe der Holzwirtschaft und die Pflichtlieferung von Papier.

Abg. Kütz (Dem.) bedauert, daß im Reichstag die Vertreter der meisten Länder nicht die Notwendigkeit erkannt haben, die Unterstützung der notleidenden Presse zur Reichsfrage zu machen. Der Reichstag habe sogar 1/2 Prozent von der Regierungsvorlage gestrichen. Der Redner beantragt dagegen für seine Fraktion die Erhöhung der Holzabgabe auf 2 Prozent. Der sozialdemokratische Antrag auf Naturalabgabe sollte dem volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen werden.

Abg. Dr. Vier (D. V. P.) führte gleichfalls Klage über die hohen Holzpreise der Landesforstverwaltungen. Ein kleines Land benutze die großen Einkünfte aus dem viel zu teuren Holz zum Ausbau einer selbständigen Bildverwaltung mit einem höchst überflüssigen Pressesetz. Dr. Vier empfiehlt der Reichsregierung die Berücksichtigung der von Chefbedienten Bernhard im Reichswirtschaftsrat gegebenen Anregungen.

Abg. Bruhn (D. Nat.) unterstützt den Antrag Kütz auf Erhöhung der Abgabe auf 2 Prozent. Er beantragt weiter, daß auch religiöse Wochenblätter unterstützungsberechtigt sein sollen.

Der Antrag Kütz auf 2 Prozent Holzverkaufsabgabe wird fast einstimmig angenommen. Der sozialdemokratische Antrag auf Naturalabgabe geht an den volkswirtschaftlichen Ausschuss, ebenso wird der Antrag Bruhn einem Ausschuss überwiesen. Dann wurde das Pressenotgesetz in zweiter und dritter Lesung endgültig angenommen und die Sitzung gegen 1/4 Uhr geschlossen.

Nächste Sitzung Mittwoch, nachmittags 2 Uhr: Anfragen, kleinerer Vorlagen und Anträge.

Kohlenlieferung oder Sanktionen!

Von der französischen Besatzungsbehörde waren gestern in Düsseldorf von neuem Vertreter der Besizer von einer Konferenz geladen, auf der alle großen deutschen Bergwerke vertreten waren. Von französischer Seite nahmen u. a. der Kohlenkommissar Geste und die Generale Simon und Desnignes teil. Daß jetzt die Militärbehörden die Regelung der Kohlenfrage in die Hand genommen haben, ging daraus hervor, daß General Desnignes allein das Wort führte. Er verlas einen neuen Befehl und betonte, daß dies der letzte sei. Falls die Bergwerke diesen Befehl nicht befolgt hätten, würden sie großes Unglück über ihr Land bringen. Die Lieferung von Reparationskohle muß unbedingt sofort wieder aufgenommen werden; andernfalls würden die in der Versammlung vertretenen Gesellschaften sich schweren Sanktionen aussetzen.

Der General teilte mit, daß als erste Sanktion für das Verbot der deutschen Regierung, Kohle zu liefern, Vorwand besteht worden sei. Sollte der Widerstand andauern, so würden weitere Sanktionen folgen. Der jedem einzelnen Vertreter schriftlich überreichte Befehl besagt, daß von morgen früh an alle Aufträge auf Kohlen- und Kokslieferungen für die Entente wieder auszuführen sind. Sie müßten in der Menge und Qualität ausgeführt werden, wie während der ersten acht Tage im Januar, sowie weitere 20 Prozent, um die seitdem eingetretenen Rückschläge zu decken. Die Lieferungen an die Entente sind in vollem Umfang auszuführen, bevor irgendwelche Sendungen in das unbefestete Deutschland gemacht werden. Den Bergwerkvertretern wurde nicht gestattet, eine Erklärung abzugeben, sondern mitgeteilt, sie seien lediglich dazu da, die Befehle entgegenzunehmen. Im Anschluß hieran begannen Besprechungen der Franzosen mit Vertretern der Gewerkschaften der Bergarbeiter, Metallarbeiter usw. Bemerkenswert ist, daß der sowohl von den Bergwerkvertretern wie von den Gewerkschaftlern wiederholt eindringlich ausgesprochene Wunsch, mit beiden Gruppen gemeinsam zu verhandeln, von General Desnignes abgelehnt wurde.

„Pressefreiheit!“

Verschiedene französische Delegierte der Rheinlandskommission haben den Wäldern in ihren Bezirken verboten, Nachrichten und Betrachtungen über das Verbot des Reichskohlenkommissars, Reparationskohlen an Frankreich und Belgien zu liefern zu veröffentlichen. Außerdem haben in anderen Kreisen des besetzten Gebiets darüber hinaus die französischen Delegierten den Zeitungen mitgeteilt, daß die Veröffentlichung über Kundgebungen und Protestversammlungen, die sich gegen das Verbot der Franzosen und Belgier im Ruhrgebiet richten, verboten sind.

Der „Mainzer Anzeiger“ wurde von der Militärbehörde beschlagnahmt und das Erscheinen des Blattes auf drei Tage untersagt. Aber die Veranlassung zu diesem Vorgehen liegen bestimmte Angaben nicht vor.

Die Lage in Bochum.

Die Demonstrationen in Bochum, über die wir bereits in einem Privattelegramm berichtet haben und bei denen der 17-jährige Sohn eines Lokomotivführers von französischem Militär erschossen wurde, haben zu einer Rückfrage des Oberbürgermeisters mit dem französischen Kommandeur Veranlassung gegeben. Der Kommandeur hat zugesagt, er werde seine Truppen anweisen, nicht mehr so scharf gegen Demonstrationen vorzugehen. In Bochum liegen 1200 Mann Infanterie, 200 Mann Kavallerie und eine kleine Abteilung Pioniere. Von öffentlichen Gebäuden ist nur das Rathaus besetzt, außerdem sind die Lager und das Bureau der Benzolvereinigung unter militärische Aufsicht gestellt worden. Der Eisenbahnverkehr ist normal, die Güterzüge verkehren planmäßig. In den Gruben wird noch voll gearbeitet, doch wächst die Parteierregung der Arbeiter und alle Überwachungen sind bereits eingestellt. Die Lebensmittelzufuhren lassen nach und die Preise gehen sprunghaft in die Höhe. Nach Mitteilungen von zuständiger Stelle rechnete man gestern mit der Verhängung des P-Lagerungsstandes.

Die Folgen.

Obwohl, wie aus Essen berichtet wird, die Besetzung und sonstige Versorgung der französischen und belgischen Besatzungsgruppen im allgemeinen aus französischen Meeresbesänden erfolgt, haben auch schon bedeutende Einfuhren in Lebensmittel und Textilwaren stattgefunden. Die Geschäfte hatten in letzter Zeit die Gepflogenheiten von Waren, in denen sie nur mehr geringe Bestände hatten, an eine einzelne Person nicht über eine gewisse Menge hinaus abzugeben. Die französische Besatzung verlangt nun, daß jede von ihr geforderte Menge verabfolgt werde; infolgedessen sind einige Geschäfte schon jetzt nahezu gänzlich ausverkauft worden. Die Preise wichtiger Gegenstände des täglichen Bedarfs sind unter der Einwirkung der Besetzung mindestens um 50 Prozent gestiegen.

Am „Hanshaushaus“ Essen hat die Besatzung für Zwecke der Ortsummandantur ein Stockwerk an Büroräumen mit Besatzung belegt. Die dort wohnenden Firmen sind notdürftig in anderen Räumen des Hauses untergebracht worden. Alle Mieter des „Hanshaushaus“ sind in der Abwicklung ihrer Geschäfte stark behindert.

Für die Offiziere der Besatzungsgruppen sind über vierhundert Hotelzimmer in Anspruch genommen worden; ferner ist für die Unterbringung französischer Journalisten ein Hotel mit 100 Zimmern vollständig beschlagnahmt. Dadurch ist bei der ohnehin großen Not an Hotelräumen jetzt ein Zustand geschaffen, der auf die Dauer unhaltbar ist. Reisende und Geschäftsleute können in den Hotels zurzeit kaum Zimmer erhalten. Da auch der weitere Untreis von Essen besteht ist und dort die Hotels wahrscheinlich in gleichem Maße von der Besatzungsbehörde beansprucht werden, ergibt sich schon hieraus eine außerordentlich nachteilige Wirkung für das Wirtschaftsleben. Infolge der Besetzung des Ruhrkommandos nach Essen müssen weitere zweihundert Zimmer in Privatwohnungen in Bredeley und Mittenfeyd freigegeben werden. Bisher sind die Besatzungsgruppen in zehn Volksschulen, einer höheren, einer Mädchen-Mittelschule und in zwei Turnhallen von höheren Schulen untergebracht. Der Schulunterricht muß in den bezeichneten Lehranstalten vorläufig ausfallen.

Der französische Divisionsgeneral de Bourgeon macht durch Anschlag in Bochum bekannt, daß die Truppen gegen jede feindliche Handlung, auch wenn sie in Singen, Schreien usw. bestehe, ohne jede Warnung vorgehen würden. Die Truppen seien in friedlicher Absicht gekommen; friedliebende Bürger möchten sich bei Unruhen von den Straßen fernhalten.

Die rheinischen und die holländischen Margarinefabriken haben vorläufig die Lieferungen nach Berlin eingestellt, angeblich, weil die Franzosen keine Sendungen durchlassen. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt, daß sich die Reichsregierung auch bei einem etwaigen weiteren Vorgehen der Franzosen von ihrer bisherigen Haltung nicht abbringen lasse und insbesondere unter dem Druck Frankreichs und Belgiens nicht mit diesen Staaten verhandeln werde.

Nach neueren vorliegenden Meldungen ist für die nächsten Tage mit einer ernsthaften Störung des Verkehrs im Ruhrgebiet zu rechnen. Infolge des Beschlusses der Reichsregierung, wonach keine Reparationskohle an Frankreich und Belgien geliefert werden dürfen, stehen sich die Wagen auf der hauptsächlichen Verkehrs- und Vertriebsbahn derart, daß ihre Reststopfung und damit die völlige Desorganisierung des Verkehrs unermesslich ist.

Die Wälder melden, daß die Kohlenwirtschaftsstelle Berlin den Handel mit Steinkohlen bis auf weiteres verboten hat. Die Abgabe von Steinkohlen darf nur auf besondere Anweisung des Kohlenamts Berlin erfolgen. Die vorhandenen Steinkohlenvorräte sollen in erster Linie zur Versorgung der öffentlichen Betriebe, der städtischen Werke, Krankenhäuser und Wohlfahrtsanstalten verwendet werden.

Nach einer Blättermeldung aus Essen wollte gestern eine Kommission von französischen Offizieren die Zeche „Sälzer Neud“ im Norden von Essen besichtigen. Der Betriebsrat erklärte, daß die Arbeiter sofort die Arbeit niederlegen würden. Sie wollten nicht unter Vorzeichen arbeiten. Die französischen Offiziere versprechen daraufhin die Zeche.

Die Kriegsbeschuldigtenfrage an der Jahreswende.

Man schreibt uns: Von den 880 Deutschen, die die Entente als Hauptvertreter des Hunnen- und Barbarentums auf die Auslieferungsliste gesetzt hat, sind bisher 112 vom Reichsgericht in ihrer Ehre wiederhergestellt worden, und zwar sowohl durch Einstellungsbeschlüsse wie durch Freisprüche in öffentlichen Hauptverhandlungen. Sechs Angeklagte wurden beurteilt. Das bisherige Ergebnis ist für uns sehr günstig, denn es beweist, daß die Anlagen unserer Feinde in der überwiegenden Mehrzahl auf törichten Füssen stehen. Für jeden, der die traurige Kriegsbeschuldigten- und Auslieferungsfraße näher verfolgt hat und die Auslieferungsliste kennt, ist dieses Fazit kaum überraschend. Stehen doch auf der Liste auch Deutsche, die vor dem Kriege bereits verstorben waren, während andere, die nur im Osten gefochten haben, der Grenzwachen in Rütlich oder Nordfrankreich bezichtigt sind. Mit gleicher Zuverlässigkeit arbeiten jetzt in Frankreich die Kriegsbefugten, die die auf der Auslieferungsliste stehenden Deutschen im Abwesenheitsverfahren mit den schwersten Strafen belegen, ohne daß die Angeklagten auch nur gehört werden. So wurde im vorigen Jahre in Nancy das Verfahren gegen den deutschen General Niebl eröffnet, obwohl er kurz nach dem Kriege verstorben war, und kürzlich ist in Lille ein General Gandler zu schweren Strafen verurteilt worden, den es nie gegeben hat. Aber was kommt es den Franzosen auf Gewissenhaftigkeit und Wahrheit an, wenn nur die verhassten „Hoches“ immer von neuem vor der ganzen Welt verächtlich gemacht werden. Aus diesem Grunde dürfen uns auch die widersinnigen französischen Abwesenheitsprozesse, die jetzt ununterbrochen ihren Gang gehen, nicht gleichgültig bleiben. Regierung und Volk müssen sich gemeinsam gegen diese verbrecherische Verhöhnung unseres Namens zur Wehr setzen. Hierbei sind uns die bisherigen Ergebnisse der deutschen Kriegsprozesse wertvoll, denn sie bilden bei dem hohen Ansehen, das die Nachprüfung unseres Reichsgerichts in allen objektiven Kreisen des Auslandes genießt, eine mächtige Waffe in unserer Hand zur Abwehr der feindlichen Lügenpropaganda. Voraussetzung hierfür ist, daß sie weiteste Verbreitung im In- und Auslande finden.

Was die Fortsetzung der Leipziger Kriegsprozesse betrifft, so ist anzunehmen, daß sie im Jahre 1923 endlich ihren Abschluß finden. Da die Entente uns jede Nachhilfe hierbei verweigert, so werden vermutlich die meisten Fälle durch Einstellungsbeschlüsse beendet werden während nur noch eine geringe Anzahl von Hauptverhandlungen im Jahre 1923 zu erwarten ist. Hierbei handelt es sich nicht, allein um die Auslieferungsliste, sondern um alle dem Oberreichsanwalt bekannt gewordenen Kriegsbefugte. So schweigt z. B. Unternehmung gegen einen früheren Landwehroffizier der durch einen seiner ehemaligen Untergebenen beim französischen Konsulat und beim Chef der Entente-Kommission seines Wohnortes denunziert worden ist (1). Leider haben wir uns durch das Gesetz vom 13. Dezember 1919 selbst den Raum aufgetan, solchen Anlagen nachzugehen, während seitens der Entente nicht ein

einzigster ihrer Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt worden ist. Eine ausgleichende Gerechtigkeit auf diesem Gebiete würde wesentlich gefördert, wenn die Regierung im neuen Jahre die längst bereitgehaltenen amtliche Gegenliste endlich herausgeben und großzügig verbreiten wollte. Dann erst kann sich die Welt ein klares Bild darüber machen, wie es mit dem deutschen Hunnen- und Barbarentum — in Begleich gestellt mit den Kriegssitteln unserer Gegner — wirklich ausieht. Man wird dann sehen, ob die bekannte Äußerung Clemenceaus beim Abschluß des Versailler Vertrages zu Recht besteht: „Niemand hätte wir eine große Nation wie die deutsche so, wie im Versailler Vertrag behandelt, wenn die Deutschen sich nicht nachweislich der abscheulichen Verbrechen gegen die geheiligten Menschenrechte schuldig gemacht hätten.“ Dieser Ausdruck beweist wohl am klarsten die Bedeutung der Kriegsbefugtenfrage für uns als eine der Hauptgrundlagen des Versailler Vertrages.

„Nicht nachlassen im Kampfe um Wahrheit und Recht“ muß auch in der Kriegsbefugtenfrage der Leitpruch für jeden Deutschen und vor allem für unsere Regierung im neuen Jahre sein.

Badische Übersicht.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Vom Feldberg. Am Montag, den 15. d. M., hielt der Leiter des Feldbergobservatoriums, Herr W. Mall, vor den Gästen des Feldbergheims einen Lichtbildvortrag über eine Reise in Weltall, wozu die Heidelberger Landesheimat das Bildmaterial geliefert hatte. Von der Erde ausgehend, wo wir die verschiedenen Fernrohre der Heidelberger Sternwarte kennen lernten, ging die Reise zum Mond mit seinen merkwürdigen Ringgebirgen, von hier zur Sonne, deren Flecken, Fackeln und Protuberanzen einer eingehenden Besprechung unterzogen wurden. Es folgten die Planeten, Kometen und Meteore, dann ging die Reise hinaus ins weite Reich der Fixsterne, wobei das Auge durch die prächtigen Aufnahmen Geheimrat Wolfs der verschiedensten Sternhaufen und Nebelwolken entzückt wurde. Der Vortrag, der zugunsten des Instrumentenfonds des Feldbergobservatoriums gehalten wurde, war sehr gut besucht und fand reichlichen Beifall, auch war sein finanzielles Ergebnis sehr gut.

DZ. Mannheim, 17. Jan. Ein mit schwarzer Maste versehener Mann drang dieser Tage abends in einen Zigarrenladen, hielt der Ladeninhaber einen Revolver vor und verlangte Geld. Auf die Giltigkeit der Frau verständig der Straßgänger unter Mitnahme einiger Duzend Zigaretten.

DZ. Heidelberg, 17. Jan. Otto Burghard, Möbelfabrikant in Heidelberg, wurde an Stelle des verstorbenen Gewerbetreibenden Niederbühl zum Präsidenten des Landesverbandes badischer Gewerbe- und Handwerksvereinigungen gewählt. In unserer Stadt herrscht zurzeit eine Grippeepidemie. Hunderte von Personen sind davon befallen, doch tritt die Krankheit im allgemeinen in leichterer Form auf.

DZ. Karlsruhe, 17. Jan. Ein fieser Fall sittlicher Verworfenheit fand heute seine Sühne vor dem Schwurgericht. Angeklagt war ein 46 Jahre alter verheirateter Tagelöhner aus Oberelsingen wegen Notzuchtsversuch und Blutschande. Die bedauernswerten Opfer des gewalttätigen Mannes waren seine jetzt 17- und 13-jährigen Töchter, die das beste Zeugnis ausgehört erhielten. Das Urteil lautete unter Zurücklassung von Minderungsgründen auf 2 Jahre 6 Monate Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust. 4 Monate der Untersuchungszeit wurden angerechnet. — Wegen Mord, begangen in einem Zivilprozeß, wurden gegen den Zigarrenmacher Theodor Hager aus Ruppheim auf eine einjährige Gefängnisstrafe erkannt. Die Geschworenen hatten mildernde Umstände zugebilligt.

Welsch-Neureut, 16. Jan. Ein Leidenbegünstiger, wie unser Ort schon lange nicht mehr gesehen, fand heute Mittag hier statt. Der so unerwartet aus dem Leben geschiedene Kronenwirt Heinrich Häfeler wurde zur letzten Ruhe beigesetzt. Aberaus zahlreich hatten sich die Leidtragenden eingefunden. Die Einsegnung, welche durch den Geistlichen, Herrn Parzer, Assant, im Hause vorgenommen wurde, wurde durch ein Lied des Arbeiter-Gesang- und Sportvereins eingeleitet. Hierauf setzte sich der Trauerzug unter Vorantritt der Kapelle der Knielingener Feuerwehr und unter Glockengeläute in Bewegung. In demselben waren neben anderen Leidtragenden die Feuerwehr-Beschneuer, die Feuerwehr-Knielingen, der Militärverein, der Arbeiter-Gesang- und Sportverein, der Turnverein, der Gesangverein Sängerbund, der Leibesübungsverein Karlsruhe, der Wirtverein Karlsruhe mit seinen sowie Abordnungen benachbarter Feuerwehren vertreten. Am Friedhofingang wurde der Zug durch Gesang von Schulkindern empfangen. Nach dem Gebet des Geistlichen sang der Gesangverein Sängerbund das Schlußlied. Hierauf folgten Kranzniederlegungen durch den Wirtverein durch dessen 2. Vorhänger, des Grenadiervereins durch den 2. Vorhänger, Herrn Schmidt, seitens der Feuerwehr durch den Kommandanten Beck, durch den Bürgermeister Wetz für den Gemeinderat, ferner wurden Kränze niedergelegt für den Arbeiter-Gesang- u. Sportverein, den Militärverein, den Sängerbund, den Turnverein.

DZ. Kehl, 17. Jan. Der hier wohnhafte Deutsche Albert Bruno Heil ist von der internationalen Kommission für die besetzten Gebiete ausgewiesen worden, weil er während des Krieges mit verschiedenen deutschen Spionagedirektoren in Verbindung gestanden haben soll und seine Anwesenheit im besetzten Gebiet deshalb mit Rücksicht auf die Besatzungsgruppen nicht erwünscht sei.

Freiburg i. B., 17. Jan. Die Matted-Oberrealschule macht ihre Sternwarte der Öffentlichkeit zugänglich. Beobachtungen finden regelmäßig Dienstag und Freitag statt, jedoch treten bei ungünstiger Witterung andere Tage dafür ein.

Wie die Hochschulkorrespondenz erfährt, ist zur Wiederbesetzung des durch die Überfiedelung des Professors M. Gahn nach Berlin erledigten Lehrstuhls der Hygiene an der Universität Freiburg i. B. ein Ruf an den Geheimen Medizinrat Dr. Paul Uhlenhuth, Direktor des Instituts für experimentelle Therapie, Emil von Behring in Marburg und Honorarprofessor an der dortigen Universität ergangen.

DZ. Mühlheim, 17. Jan. In einer am Sonntag im Rauen zu Mühlheim stattgefundenen Bauernversammlung wurde eine Resolution angenommen, in der die Landwirte des Bezirks Mühlheim, aus den Organisationen des landwirtschaftlichen Bezirksvereins, des Genossenschaftsverbandes und des Landesbundes von ihren Landesverbänden dringlich Mahnahmen zwecks Verschmelzung aller Organisationen zu einer einzigen und Zusammenlegung der landwirtschaftlichen Zeitschriften fordern.

Konstanz, 17. Jan. Am Montag früh brannte die Feldscheuer, der bei Konstanz gelegenen Heil- und Pflanzenschule mit reichen Vorräten an Stroh, Rumpfdünger, sowie Wagen und landwirtschaftlichen Maschinen vollständig nieder. Der Gesamtschaden, ohne den Gebäudeschaden beläuft sich auf mindestens 12 Millionen Mark. Die Entstehungsurache ist noch unbekannt.

Kundgebung des Badischen Landtags.

Eine Rede des Staatspräsidenten — Badische Regierung und Reichspolitik — Französische Politik des Versfalls und der Auflösung — Tiefste Trauer und feierlicher Einspruch gegen die Verletzung der nationalen Rechte.

DZ. Karlsruhe, 16. Januar.

Der Landtag begann seine wieder aufgenommenen Verhandlungen mit einer eindrucksvollen Kundgebung gegen die Verletzung des Ruhrgebietes.

Präsident Wittmann rief der bedrängten Bevölkerung zu, auszuhalten in der Treue zum Reich.

Dann ergab

Staatspräsident Remmele

Das Wort. Er führte aus:

Namens der Staatsregierung habe ich zu dem, was sich seit dem 11. ds. Mts. im Ruhrgebiet abspielt, einige Erklärungen abzugeben. Es ist über diesen Völkerverstoß in den letzten Tagen in den deutschen Parlamenten, in der Presse und in der breiteren Öffentlichkeit vieles gesagt und geschrieben worden, und es erübrigt sich für uns infolgedessen, nur noch in kurzer Zusammenfassung die Stellung der Regierung und damit wohl auch die Stellung des badischen Volkes zu präzisieren.

Der Einmarsch französischer und belgischer Truppen im Ruhrgebiet wird begründet, wie es in dem Urteil der Reparationskommission lautet, mit der Behauptung, daß Deutschland in böswilliger Weise mit seinen pflichtgemäßen Lieferungen von Holz und Kohle an die Entente in Verzug geraten sei.

Die Welt ist Zeuge dafür, welche Anstrengungen das deutsche Volk unternommen hat, um die Reparationsleistungen auf dem genannten Gebiete zu vollbringen (Abg. Ritter: Welches Volk?). Die Welt ist Zeuge dafür, daß wir selbst in Deutschland die letzten vier Jahre hindurch außerordentlich schwer damit zu kämpfen hatten, der Industrie die erforderlichen Kohlen und den Haushaltungen die erforderlichen Brennstoffe zu geben für des Lebens Notdurft. Es ist richtig, in den letzten Wochen und Monaten hatte sich die Kohlenbede in Deutschland etwas gebessert. Das wird uns zum Vorwurf gemacht. Ebenso richtig ist aber auch, daß die Voraussetzungen hierfür in drei großen und — wenn man so will — zum Teil unerfüllbaren Momenten zu finden sind. Einmal in der Tatsache, daß bis zum Zusammenbruch der deutschen Mark englische Kohlen in großen Quantitäten seitens der Reichseisenbahn und seitens der deutschen Industrie eingeführt worden sind. Das zweite Moment ist der gelinde Winter, die außerordentlich günstige Wasserlage des Rheins und der Flüsse, und drittens — allerdings kein erfreuliches Moment — jenes nämlich, daß infolge der ungeheuren Preissteigerung eine Bevorratung der Haushaltungen, so wie das früher üblich gewesen war, kaum mehr Platz greifen kann. Und selbst wenn man nun annimmt, daß die Kohlenlieferungen hätten voll erfüllt werden können, so bietet der Friedensvertrag und bieten die mit dem Friedensvertrag in Zusammenhang sich befindlichen Rechtsverhältnisse keine Möglichkeit, das Fundamentalgeseß des Völkerverstoßes zu verletzen, wie es geschehen ist.

Die militärische Besetzung des Ruhrgebietes bedeutet die Enthebung der Verwaltung im rheinisch-westfälischen Gebiet im Bergbau und in der Eisenbahn, ausgeführt mit Kriegsmitteln gegen ein friedliches unbewaffnetes Volk. Die badische Regierung hat sich deshalb der Willensäußerung des Reichstags angeschlossen. Sie hat das ebenso freiwillig getan, wie sie sich vor dem dem Willen, die aus dem Friedensvertrag sich für Deutschland ergebenden Verpflichtungen getreulich zu erfüllen, unterworfen hat. Sie hat es getan, obwohl alle Welt sich klar darüber war, daß das, was der Friedensvertrag und das Ultimatum dem deutschen Volke auferlegt haben, als unerfüllbar und undurchführbar bezeichnet werden mußte. Die badische Regierung unterstützte das Reich in dieser Politik der Erfüllung, um der Welt ein Beispiel zu geben von dem ehelichen deutschen Streben, zu einem wahren Friedenszustand gelangen zu können. Bieweit diese beispiellosen Anstrengungen geführt haben, darüber brauche ich in diesem hohen Hause nichts mehr zu erwähnen. Sie wissen, in letzter Konsequenz kam der furchtbare Zusammenbruch der deutschen Währung, die Verelendung des Volkes in einem Ausmaße, wie es kein Volk der Welt kaum je hat tragen müssen.

Steigende Einsicht zur Vernunft war die Folge dieser Entwidlung und die steigende Einsicht, zu einem wirklichen Friedensvertrag das Londoner Diktat zu revidieren, die weitere Folge vernunftgemäße Betrachtung. Diese Entwidlung scheint wohl dem militär-politisch orientierten Frankreich und dem französischen Großkapital unbehaglich geworden zu sein. Frankreich strebt nach Freiheit des Handels, weil ihm von der absoluten Vormachtstellung in Europa träumt. Um nun der Rechtsbeugung den Schein des Rechts zu geben, brachte es den geringen Ausfall der Lieferungen zum Vorwand seines militärischen Einmarsches in deutsches, friedliches Gebiet. Darum allein handelt es sich. Uns bleibt eigentlich nur die Frage, wieso auf diese Gründe gestützt Frankreich zu diesem seinem Vorgehen gegen Deutschland sich entschließen konnte.

Es würde in diesem Augenblick zu weit führen, auf die näheren und die dahinterliegenden Beweggründe einzugehen; denn das Ziel Frankreichs ist zweifelsohne ein ganz anderes als dasjenige, was zunächst als ein für die Öffentlichkeit dargelegtes uns vor Augen erscheint. Die französische Politik von heute ist, wenn Sie in der Geschichte nachblättert, dieselbe Politik, wie sie das Frankreich des zweiten Kaiserreichs gegen Deutschland geführt hat. Diese Politik beunruhigt auch heute den europäischen Frieden. Sie vermag aber in Frankreich

weder die häuslichen Sitten wieder herzustellen noch den häuslichen Fleiß und Erwerb zu befruchten und in geordnete Bahnen zu lenken. Sie ist ein Zeichen des Versfalls und der Auflösung, eine Nacht der Zerstörung, des Elends, der Unterdrückung, der Vernichtung. Diese Politik gerstört naturgemäß auch den Organismus der deutschen Wirtschaft, wie es vor dem Krieg getan hat, sie unterbindet die produktiven Leistungen des deutschen Volkes und die Möglichkeit auf getreuliche Erfüllung der Reparationsleistungen. Auch die Ausichten auf einen endlichen Ausgleich der wirtschaftlichen Beziehungen der Völker untereinander sind aufs neue verloren gegangen.

Die deutsche Regierung hat Frankreich, wie wir jetzt gehört haben, einen Pakt auf Unterlassung jeder kriegerischen Absichten für ein Menschenalter angeboten. Die Regierung eines der größten Länder der Welt, die dieses Angebot vermittelte, hat eine Antwort mit beschimpfenden Ausdrücken bekommen in derart unerhörtem Ausmaße, daß sie es ablehnte, der deutschen Regierung diese Antwort weiter zu übermitteln (Hört, hört!).

Wenn man diese Art der Einstellung Frankreichs gegenüber Deutschland ins Auge faßt, dann muß einem klar werden: es wird noch eine furchtbar schwere Zeit der Prüfung kommen, ehe die Verständigung in der Welt Platz greifen kann.

Die entstehende Krise oder entstehende Krise wird nun Weiterungen ziehen. Was sie bringt, ob Umkehr und Einsicht oder weitere Besetzungen und Sanktionen, niemand von uns kann das heute voraussagen. Infolgedessen ist aber auch jeder Schritt der Reichsregierung zu Abwehr der Vergewaltigung von ungeheurer Tragweite. Die badische Regierung billigte infolgedessen die ruhige besonnene Haltung der Reichsregierung in der Erregung ihrer Mittel zur Abwehr dieser Vergewaltigungen; sie billigte auch die Verneinung des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen, weil dieser Abbruch auch einer Frontierung gegen England gleich gekommen wäre. Das würde nach unserem Ermessen ebenso unklug gewesen sein, wie etwa der Versuch, die Schuld für dieses Schicksal der jetzigen Staatsform und der in den letzten vier Jahren in Deutschland wegen ihr vor sich gegangenen Bewegungen zuzuschreiben. Der Feind steht im Land! Deshalb ist auch unfruchtbar der Streit über das Schuldbonto ehemaliger deutscher Anexionisten.

Die badische Regierung ist der Auffassung, daß sich das Reich in seiner Politik nach außen zu einer schließlichen friedlichen Verständigung über die Frage der Reparationsleistungen im Rahmen des möglichen bereit halten sollte, obgleich der von Frankreich begangene Bruch des Völkerverstoßes diesem Willen des deutschen Volkes einen sehr schweren Schlag versetzt hat.

Im Namen der badischen Regierung habe ich dem Gefühl tiefster Trauer über die Störung des europäischen Friedens Ausdruck zu verleihen, habe ich feierlich Einspruch gegen den Versuch, deutsche Gebiete dem deutschen Reich abzutrennen, zu erheben, und hinzuzufügen, daß auch die badische Regierung die militärische Besetzung des Ruhrgebietes als eine Verletzung der nationalen Rechte ansieht. Die badische Regierung sieht in der Auswirkung solcher Gewalt herrschaft die große Gefahr, daß das wehrlose, nach Frieden verlangende deutsche Volk an den Rand völliger Verzweiflung gebracht wird. Für die dann aus der Verzweiflung drohenden Störungen kann die Verantwortung nur jenen Völkern zugeschoben werden, deren passives Gleichgültigkeit Raub und Rechtsbruch an einem wehrlosen Volke duldet.

Es bleibt nun nur noch übrig, unser eigenes Verhalten zu dieser der deutschen Nation angetanen schmachvollen Behandlung entsprechend einzurichten. Die Bewältigung des Ruhrgebietes hat in den jüngsten Tagen seit der Besetzung hohe Beweise eines Bestimmtes zum Deutschland abgelegt. Die arbeitenden Stände an der Ruhr werden wie jene im Rheinlande ihrem Vaterland keine Schande bereiten. Möge sich auch im Badenland das Volk so einrichten, daß es zu der der deutschen Nation angetanen Schmach nicht auch noch die Schande geben muß. Möge jede Partei und jede Wirtschaftsgruppe bei der Verfolgung ihrer Bestrebungen nicht nur an ihre Interessen, sondern an das allgemeine Interesse der Republik denken; dann wird wegen der Folgen der durch Frankreich begangenen schweren Verletzung des moralischen Sinnes der Zivilisation uns nicht bange zu sein brauchen.

Lebhaftes Bravo folgte der Rede, die von allen Abgeordneten mit Ausnahme der Kommunisten, stehend angehört wurde.

Der Präsident gab dann folgende von sämtlichen bürgerlichen Parteien und der Vereinigten sozialdemokratischen Partei eingebrachte

Entscheidung

Bekannt:

Der Badische Landtag billigt den entschiedenen Widerspruch des badischen Staatsministeriums gegen die militärische Besetzung und wirtschaftliche Vergewaltigung des wichtigsten deutschen Industriegebietes an der Ruhr, die eine furchtbare Verletzung selbst des Versailler Friedensvertrages darstellt. Der Landtag weiß das ganze badische Volk hierbei eins mit sich in dem Schmerz und in der Empörung über diese Gewaltthat. Unheilvolle Folgen wird die von Frankreich und Belgien getroffene Maßnahme wie für die besetzten rheinisch-westfälischen Lande so für das ganze deutsche Volk haben. Wehrlos wie wir sind, müssen wir uns heute der Gewalt beugen. Alles, was geschehen kann, um dem rechtsmüden Zustand ein Ende zu machen und die Not zu lindern, werden wir nach besten Kräften unterstützen. Wir fühlen uns in Schicksalsgemeinschaft verbunden mit den deutschen Völkern in besetzten Gebieten und stehen in unwandelbarer Treue zu ihnen. Die große Not der Zeit verlangt ein hartes deutsches Geschlecht, das auch in Ketten sich frei

weiß und dem die Einheit des Reiches höchstes Gebot ist. Dieser vaterländischen Pflicht wollen wir mit allen Mitteln in Ehren und Würde dienen, in opferbereiter Liebe zum deutschen Volk und Reich!

Abg. Bod erklärte, daß auch die Kommunisten gegen das französische Vorgehen protestieren, gleichwie es ihre französischen Genossen täten. Im übrigen fordere er eine Arbeiterregierung, die den Vertrag von Versailles zerreiße und die Schuldigen in Deutschland bestrafe.

Obige Entscheidung wurde darauf gegen die 4 kommunistischen Stimmen angenommen und die Sitzung für eine Stunde unterbrochen.

Abend Sitzung.

In der Abend Sitzung wurden zunächst kurze Anfragen erledigt.

Abg. Gölcher (Str.) fragte, wie es mit der Änderung des Sparlastengesetzes stehe.

Ein Regierungsvertreter erwiderte, daß ein Entwurf in Ausarbeitung sei, der den Klassen größere Bewegungsfreiheit geben soll.

Abg. Hanemann (D-Nat.) wünscht Auskunft über den Besuch der Wintersportplätze im Schwarzwald durch Ausländer.

Regierungsseitig wurde erklärt, daß die Degembergjäger den Jahresdurchschnitt nicht überschritten habe und die wiederholt erhöhten Taten nach Aufenhaltsdauer und Vermögensverhältnissen abgestuft seien.

Nach Eintritt in die Tagesordnung bestätigte das Haus den Postsekretär Adolf Seebacher-Schach für die Nachfolgerschaft des verstorbenen Abg. Dr. Schuster.

Abg. Dr. Kullmann (Soz.) berichtete über die Vorlage zur Abänderung des Vergesetzes im Hinblick auf den staatlichen Kalibergbau.

Hierzu lag ein sozialdemokratischer Antrag vor, der die Bergaufreife grundsätzlich aufheben will.

Nach längerer Debatte, in der von verschiedener Seite die Unmöglichkeit betont wurde, in dieser wichtigen Materie schon jetzt entscheidend Stellung zu nehmen, wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt und die Vorlage nebst einem Ferntrumsantrag angenommen, der die Regierung um eine Prüfung der Frage ersucht.

Es folgte die Begründung der demokratischen bezw. deutsch-nationalen Anfrage über die Not des Mittelstandes und der freien Berufe.

Die Abgg. Freudenberg und Frau Richter gaben eine ergreifende Schilderung des herrschenden Elendes und forderten eine großzügige Hilfsaktion.

Nächste Sitzung Mittwoch, vorm. 9 Uhr. Schluß 1/8 Uhr.

DZ. Karlsruhe, 17. Januar.

In zweistündiger Rede begründete der Abg. Bod den kommunistischen Antrag auf sofortige Berichterstattung über die Lenkungsmaßnahmen der Regierung. Er übte scharfe Kritik an den wirtschaftspolitischen Zuständen und sagte, nur die Verbindung mit Rußland könne Deutschland vor dem Zusammenbruch retten.

Arbeitsminister Dr. Eugler

gab den Fragestellern folgende Antwort:

Die Regierung kennt die üble Lage des gewerblichen Mittelstandes, des Handwerks und Kleinhandels infolge der Weltentwertung. Weit mehr noch leiden darunter die freien Berufe wie Ärzte, Rechtsanwälte, Künstler, Privatgelehrte und freie Schriftsteller. Dem Handwerker, welcher sich wohl ohne größere Schwierigkeiten neue Erwerbsmöglichkeiten erschließen kann, steht zur Kreditbeschaffung neben der in Baden sehr regen Selbsthilfe (Landeswirtschaftsstelle für das badische Handwerk) die Hilfskasse für gewerbliche Unternehmungen in Berlin N. 9, Eichhornstraße 9, zur Verfügung. Außerordentlich schwer fällt der Berufswechsel den Angehörigen der freien Berufe, die sich einem für sie ganz neuen Tätigkeitsfeld — weit entfernt von ihrem bisherigen Arbeitsgebiet — zuwenden müssen.

Die Regierung hat sich nun entschlossen, bedürftige Familienmütter oder eines der erwerbsfähigen Angehörigen dieser betroffenen Familien gegen solche Ausbeher den Bureaus in der Staatsverwaltung auszutauschen, die keine Familienunterstützungspflichten zu erfüllen haben. Dieser Austausch kann natürlich nur insoweit vor sich gehen, als der Staatsbetrieb nicht in seiner Arbeitsfähigkeit behindert wird. Auch kann es sich nur um untergeordnete Arbeitsmöglichkeiten handeln. Im übrigen muß die Privatwirtschaft unter Mitwirkung der Arbeitsnachweise helfend eingreifen. Das Arbeitsministerium wird deshalb die Arbeitsnachweise anweisen, daß sie sich derartigen Arbeitsuchenden besonders annehmen und ihnen geeignete Arbeitsplätze zu verschaffen. Sie sollen jetzt schon mit den in Betracht kommenden Betrieben vorbereitende Fühlung nehmen. Einige badische Arbeitsnachweise haben sich bereits in einzelnen Fällen mit Erfolg bemüht.

Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeitsvermittlung ist, daß die Arbeituchenden auch den ersten und vorbehaltlosen Willen zur Arbeit haben und die Sorgen, sich an den Arbeitsnachweise zu wenden, überwinden. Wenn dieser Wille zur Arbeit vorhanden ist, kann in vielen Fällen geholfen werden. Auch die Privatwirtschaft hat die Aufgabe, solche Arbeitsmöglichkeiten in ähnlicher Weise zu schaffen wie dies die Staatsverwaltung zu tun gedenkt. Es gibt in Handel und Industrie genügend derartige Arbeitsplätze z. B. als Requiraturbeamter, Rechnungsbeamter, Buchführer, Reisender, Verkäufer usw. Das alles sind Arbeitsmöglichkeiten, für die die Vertreter der freien Berufe sich eignen dürften. Nicht außer Acht zu lassen ist, daß von den Betroffenen selbst auch die persönlichen Beziehungen zu einzelnen Betrieben genutzt werden müssen, um sich Arbeitsmöglichkeiten zu beschaffen. Sollte es in Einzelfällen nicht möglich sein, erfolgreich zum Ziele zu kommen, so ist durch die zuständigen Stellen nach Vorlage eines Antrages zu prüfen, ob die Voraussetzungen für die Unterstützung aus der Kleinrentnerfürsorge oder der Erwerbslosenunterstützung gegeben sind.

Der Minister fuhr fort: Wollten wir den gesamten Realbesitz erfassen, so wäre eine durchgreifende Änderung der Reichs- und Landessteuergesetzgebung erforderlich. Falls wäre die Annahme, wir würden durch ein Verbot der Dielen und Bars eine sofortige Umstellung unserer Wirtschaft erleben. Allerdings verkehren auch Jugendliebe in der Welt. Aber wir wollen nicht die erfreulichen Erscheinungen innerhalb unserer Jugendorganisationen verbergen. Niemand verdient zu viel, wenn er an die Zukunft denkt. Neben der Steigerung der Produktion ist in Deutschland auch eine rationelle Verwertung der Produkte notwendig. Dazu gehört das Verbot des Schnapsbrennens aus Kartoffeln usw. Am schlimmsten daran sind die

Arbeitslosen. Für die freien Berufe ist eine eigentliche Hilfsaktion noch nicht eingeleitet. Was die Wohnungsfrage anlangt, so kann ich mitteilen, daß wir im letzten Jahre 2000 Wohnungen mehr gebaut haben als im Jahresdurchschnitt der Friedensproduktion. Außer Hüttingen haben wir die höchste Wohnungszahl unter den Bundesstaaten aufzuweisen. Die Wohnungsabgabe müssen wir haben. Wir sind bestrebt, sie nach sozialen Gesichtspunkten auszubauen.

Der Minister wandte sich gegen verschiedene Angriffe des **Abg. Bod.** Er betonte, daß unser Vorkommen gegen alle Verhältnisse standhalten und seine Arbeitslust nicht gelitten habe. Die Kohlenanleihe sei das Gegenteil von einem Wertpapier und geeignet, unsere wirtschaftlichen Unternehmungen auf eine solide Grundlage zu stellen.

In der Aussprache legte zunächst **Abg. Dr. Föhr** den Standpunkt des Zentrums dar. Er verwies dabei namentlich auf die Not der akademischen Jugend und Dozenten. Der Nahrungs- und Nahrungsmittelmarkt könne nur erweitert werden durch intensive Förderung der landwirtschaftlichen Produktion. Gegen die Arbeitslosigkeit empfehle sich die Schaffung produktiver Erwerbsmöglichkeiten, wie sie u. a. der Wohnungsbau darstellt. Der Redner hob dann ziffernmäßig auf die gewaltigen Leistungen der religiösen Organisationen ab, um der wachsenden Not entgegenzutreten. Auch lobte er die private Wohltätigkeit. Die Kleinrentnerfürsorge werde leider viel zu schematisch behandelt. Redner schloß mit der Mahnung, die Klassenengensätze hintanzustellen. Alle Kreise und Schichten möchten sich zu einem großzügigen Programm zugunsten der Notleidenden zusammenfinden. — Im Sinne dieser Darlegungen ist ein inzwischen eingegangener Antrag des Zentrums gefaßt.

Nächste Sitzung nachm. halb 4 Uhr. Schluß 1 Uhr.

Die erste Lesung des Stammgütergesetzes beendet.

Der Ausschuss für Rechtspflege und Verwaltung hat in der letzten Woche in einer Reihe von Vorbereitungs- und Nachmittags-Sitzungen die Beratungen über das Stammgütergesetz fortgesetzt. Zur Beratung standen neue Vorschläge des Berichterstatters über die Errichtung von Familienstiftungen. Sie dürfen keine Umgebung des Gutes sein und die Ansprüche der Beamten müssen gesichert werden. Da sich bei der Beratung noch eine Reihe ungeklärter Verhältnisse ergaben, wurden sowohl für die Anwärterentschädigung, wie zur Sicherung der Beamten von einer Unterkommision eine Reihe von Fragen aufgestellt. Bei der Abstimmung darüber wurde beschlossen, daß für die Feststellung der Abfindungsberechtigten der Todeszeit der Stammherren maßgebend sein soll. Bei der Schwierigkeit der Materie soll jedoch der Unterausschuss diejenigen Paragraphen, welche sich mit der Entschädigung der Anwärter, der Beamten und etwaigen sonstigen Berechtigten befaßt, nochmals beraten. Bei Beratung des § 9 wurde insbesondere die Frage des Vorkaufsrechts für Staat und Gemeinde behandelt. Es ergab sich dafür eine Mehrheit. Auch diese Frage ist dem Unterausschuss zur nochmaligen Beratung zugewiesen worden. Die erste Lesung des Entwurfs wurde darauf nach Annahme einiger weiterer Paragraphen beendet.

Kommunalpolit. Rundschau.

Die Beteiligungen der Girozentralen.

KK. In einem Aufsatz über den Zusammenbruch der Zweiganstalt Hamburg der Girozentrale Schleswig-Holstein hatte der braunschweigische Finanzpräsident Dr. Stübgen die öffentliche Aufmerksamkeit auf die „Norddeutsche Kreuzband-Bank“ gelenkt, ein Bankinstitut, das zu allen bankmäßigen Geschäften berechtigt und an dem die Girozentrale Hannover beteiligt ist. Dr. Stübgen knüpfte bei seiner Kritik an die Vorgänge im Hypothekendarlehen an, die sich zur Zeit der Spielbanken-Banken usw. zugetragen haben, und wies darauf hin, daß auf keinen Fall in der Girobewegung Untergründungen gebildet werden könnten, die den sachungsmäßigen Beschränkungen der Girozentralen nicht unterliegen und die ihnen deshalb auf Umwegen die Möglichkeit auch zu sachungsmäßig nicht gestatteten Geschäften gewähren.

In der letzten erschienenen Nummer des „Bank-Archiv“ geht nun der bisherige erste Staatskommissar der Deutschen Kommunalbank, Geheimrat Dr. Herms, neben anderem, auf diese Frage ein. Er stellt fest, daß Beteiligungen das sachungsmäßige Recht der Girozentralen sind, sofern sie den Beiträgen für ihre Ziele förderlich halten. „Die Beteiligung ist an gewisse Kanteln gebunden, sowohl hinsichtlich der Beschlussfassung über sie, wie hinsichtlich ihres finanziellen Umfangs. Die besagte Kreuzband-Bank ist mit 15 Mill. Mark gegründet worden, bei der heutigen Geldentwertung eine bescheidene Gründung; die Girozentrale Hannover besitzt davon nur einen Teil, dessen ganzen Verlust sie, wenn der Fall eintreten sollte, wozu es an jeder Wahrscheinlichkeit fehlt, unbedingt verschmerzen könnte. Es liegt also keinerlei Besondere in dieser Beteiligung und nichts, was den An der Aufsichtsbekörderung Bewegung setzen könnte.“

Diese Erläuterungen der berufenen Stelle dürften (wie die „Börs. Ztg.“ schreibt) hinreichend zeigen, daß in diesem speziel-

len Falle Gefahren in der Beteiligung nicht liegen. Man ist sich indes in den führenden Kreisen der Girobewegung auch vollkommen darüber klar, daß alles vermieden werden muß, was etwa in der Richtung eines stärkeren Ausbaus von Untergründungen liegen könnte. Man ist der Ansicht, daß Beteiligungen höchstens bis zu 50 Prozent des Kapitals der betreffenden Gesellschaft gehen können, und daß ferner die gesamte Beteiligungssumme von der betreffenden Girozentrale leicht zu tragen sein muß. Die Gefahr, die Herr Dr. Stübgen in der Ausdehnung von Untergründungen gesehen hat, liegt also augenblicklich in keiner Weise vor, und die Leiter der Girobewegung werden sie um so eher zu vermeiden wissen, als sie ja selbst von der Notwendigkeit einer völligen inneren Konsolidierung ihrer Institute überzeugt sind.

KK. Erfurt. Verkehrsfragen. Einem schon in früherer Zeit aufgeworfenen Problem entspricht die Wiederaufnahme der Kleinbahnprojekte für die Umgebung der Stadt. Trotz der ungewissen Wirtschaftslage soll versucht werden, die Vorarbeiten für die Kleinbahnlösungen Vindobona, Kottleben, unter Umständen über Tiefal, einzuleiten. — Das Enteignungsverfahren für den Flugplatz nimmt seinen Fortgang, so daß mit der Inbetriebnahme des Geländes voraussichtlich im Sommer gerechnet werden kann.

Liegnitz. Industriegebiete. Die Stadt Liegnitz hat mit der Errichtung eines Industriegebietes von mehr als 100 000 qm nutzbarer Fläche begonnen. Das Gelände liegt zwischen dem Nebenbahnhof der Liegnitz-Kattowitzer Bahn und dem Hauptbahnhof und hat Bahnanschluss an die direkte Verbindung mit Polen. Für die Durchführung der Errichtung haben die städtischen Körperschaften 30 Mill. Mark bereitgestellt; das gesamte Baumaterial ist bereits geliefert und angeliefert. Mit den Erarbeiten und Straßenbauten ist begonnen. Im Hinblick auf den zu erwartenden Verkehr mit Polen ist die Nachfrage nach Parzellen äußerst reg.

New York. Hygiene in Amerika. In der letzten Sitzung der Pariser Akademie für Medizin hat Leon Bernard über den Besuch berichtet, den er den hygienischen öffentlichen Einrichtungen und dem Unterricht über Hygiene in den Vereinigten Staaten abgestattet hat. Er stellt fest, daß die nachdrücklichste und hauptsächlichste Anstrengung sich auf die Volkserziehung richtet, die verwickelt wird durch die Verbreitung hygienischer Kenntnisse, die sowohl private Wohltätigkeitsanstalten wie die öffentliche Verwaltung betreiben haben. Diese Anstrengung wird durch eine Organisation unterstützt, die über gewaltige Mittel in Versuchsanstalten und Beamtenchaft verfügt. Die erzielten Erfolge sind eindrucksvoll. Die Sterblichkeit an Typhus ist in New York auf 3 von 100 000 Einwohnern gesunken. Die Sterblichkeit der Kinder bis zu einem Jahre ist dortselbst 71 auf 1000 Geburten gegen 150 vor 14 Jahren; die Sterblichkeit an Tuberkulose ist dort innerhalb 35 Jahren von 385 auf weniger als 100 von 100 000 Einwohnern gesunken. Die allgemeine Sterblichkeit in den Vereinigten Staaten ist auf 11,7 von 1000 Einwohnern, die Kindersterblichkeit unter einem Jahre auf 76 von 1000 Geburten gesunken.

Paris. Wohnungsbau. Der Gemeinderat von Paris hat einen grundsätzlich sehr lobenswerten Plan gefaßt: er will auf dem entfestigten Gelände 7000 Wohnungen für die Benutzung seitens des Mittelstandes und der Intellektuellen erbauen lassen. Wir betonen: eine ausgezeichnete Anregung. Aber achten wir auf die Preise. Wohnungen mit beschränkter Annehmlichkeiten: 2 Zimmer 1950 Fr., 3 Zimmer 2250 Fr., 4 Zimmer 2700 Fr., 5 Zimmer 3500 Fr. Wohnungen mit allem zeitlichem Komfort ausgestattet, wie die Ausführgesellschaft sagt, als man noch solche hatte: 2 Zimmer 2850 Fr., 3 Zimmer 3600 Fr., 4 Zimmer 4348 Fr., 5 Zimmer 5100 Fr. Will man 6 Zimmer haben, muß man bis zu 6890 Fr. gehen. Und das tragen die Stadträte mäßige Mietpreise zu nennen! Sind sie denn so reich? Wir werden hier nicht schreiben, daß die Stadtväter von Paris zunächst daran denken sollten, geräumige, luftige, gesunde Wohnungen für die Arbeiterklasse zu erstellen. Man weiß in der Tat, daß sie vorhaben, 30 000 Wohnungen zu billigem Preise erbauen zu lassen. Wir wenden uns nur gegen die Preise, die die Stadt den künftigen Mietern des Mittelstandes vorschreiben möchte. Denn wenn sie adoptiert sind, werden sie sofort die Preisunterlagen für alle Hausbesitzer der Hauptstadt und alsdann wird man die Mietpreise, die noch nicht übertrieben gestiegen sind, bis zum Maximum steigern und sich da festsetzen lassen. Will dies der Gemeinderat des *Voc National*? (Aus „Le Progrès Civique“.)

Literarische Neuerscheinungen.

Devisenordnung vom 12. Okt. 1922 und Devisengesetz vom 2. Febr. 1922 nebst Ausführungsverordnungen von Dr. Wenzel Goldbaum, Rechtsanw. u. Notar zu Berlin. (Verlag von G. Sillke-Berlin.) In gedrängter Kürze sind hier die gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen über die Zahlung, den Erwerb und den Verkauf ausländischer Zahlungsmittel erläutert, Bestimmungen, die heute über die Bankwelt hinaus zahllose Personen berühren, die mit ausländischen Zahlungsmitteln zu tun haben. Sie erfahren darin, was erlaubt und was verboten ist und welche Folgen sich an Verstöße knüpfen.

Badisches Landestheater. Donnerstag, 18. Jan. 7 b. g. 10 Uhr. 800 Mk. Abonn. D 12. Th.-Gem. B.V.B. alle Nr. über 4600.

Torquato Tasso.

Unsere Reklame hat lebendige Kraft

und wird täglich von Abertausenden mit Interesse erwartet, besonders aber von denjenigen, die das **Geboselhaus** und seine Waschmittel bereits kennen gelernt haben.

Jagdverpachtung.

Bad. Forstamt Pforzheim verpachtet am Montag, den 22. Januar 1923, nachmittags 2 Uhr, auf dem **Seehaus im Sagenloch bei Pforzheim** das Jagdrecht auf der Gemarkung Hagenschieß in drei Jagdrevieren und zwar: I. nördlich der Würmbergerstraße mit etwa 140 ha Feld und 696 ha Wald, zusammen 836 ha; II. zwischen Würmberger- und alten Tiefenbronnerstraße mit rund 1142 ha Wald; III. südlich der alten Tiefenbronnerstraße und Würmtalstraße mit 604 ha. Pachtkbedingungen liegen auf dem Forstamt zur Einsicht offen. O. 555

Bürgerl. Rechtspflege a. Streittige Gerichtsbarkeit.

O. 736. Billingen. Über den Nachlaß des Möbelhändlers Gottlieb Rosenfelder in Billingen wurde heute die Nachlassverwaltung angeordnet. Billingen, 12. Jan. 1923. Bad. Notariat 1.

Bestimmene Bekanntmachungen.

Jagd-Verpachtung.

Bad. Forstamt Schwetzingen verpachtet in öffentlicher Versteigerung am Donnerstag, den 25. Januar d. J., vormittags 11 Uhr, im Wald in Schwetzingen den Jagdbezirk VII Infultheimer Hof auf Gemarkung Hoderheim mit 494 Hektar. Die Pachtkbedingungen liegen beim Forstamt Schwetzingen auf. O. 740

Verschiedenes.

DZ. Freiburg i. B., 17. Jan. Der durch ein Inzest der Familie in der Presse als beim Schneesturm auf dem Feldberg verunglückt gemeldete Sanitätsrat Dr. Wischradt ist tatsächlich wieder in seiner Heimat. Dagegen ist zweifellos der Student Heinrich Hi. Herling verunglückt, und zwar wurde er zuletzt beim Feldbergturn am 17. Dezember 1922, nachmittags gegen 5 Uhr gesehen und gesprochen, wo er, von dem seit 2 Uhr wütenden Schneesturm schon ziemlich ermattet, die Frau des Turmwächters nach dem Weg nach Freiburg fragte. Trotz Warnung setzte er den Weg fort, da er nach Freiburg müsse und zwar in der Richtung Waldenweg. Es besteht die Vermutung, daß er in die Wälder vom Jastler geraten ist.

Staatsanzeiger.

Bekanntmachung.

Gesetz zum Schutze der Republik, hier Verbot.

Nachstehend werden die auf Grund der Verordnung bezug. des Gesetzes zum Schutze der Republik erlassenen Verbote nochmals bekanntgegeben:

Es wurden für Baden aufgelöst und verboten:

1. Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei,
2. Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund,
3. Jungdeutscher Orden,
4. Deutschsozialistische Gemeinschaft,
5. Verband nationaler gesinnter Soldaten einschließlich Verein ehemaliger Baltenkämpfer und Verein ehemaliger Oberstleutnanten 1921,
6. Südwestdeutscher Zeitungsdienst.

Das Verbot zu Ziffer 5 ist rechtskräftig, gegen die übrigen Verbote ist Beschwerde an den Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik eingelegt. Die Beschwerde hat nach Maßgabe der Bestimmungen des Gesetzes zum Schutze der Republik keine aufschiebende Wirkung.

Karlsruhe, den 16. Januar 1923.

Der Minister des Innern:

Remmele.

Spann.

Personeller Teil.

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.

Ernannt:

Die Verwaltungsobersekretäre Albert Schäfer und Karl Bidel bei der Landesversicherungsanstalt Baden zu Verwaltungsinpektoren.

Planmäßig angestellt:

Kanzleihilfe Karl Weilandt beim Ministerium des Innern.

Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Ernannt:

Oberlehrer Reinhard Pfeffer an der Volksschule in Waldkat zum Rektor dafelbst.

Zurückgesetzt auf Ansuchen:

Rektor Heinrich Schwarz in Oberbach.

Ministerium der Finanzen.

Ernannt:

Die Bürogehilfen(in): Bertisch, Robert, Dießel, Hugo, Gähler, Max, Götterich, Stefan, Jogerst, Karl, Kupferer, Paul, Maginot, Otto, Präger, Emil, Rohmangel, Friedrich, Schmidt, Josef, Schopf, Heinrich, Weich, Oskar, Wirth, Karl zu Finanzassistenten bei der Landeshauptkasse.

Zur Beachtung!

Gemäß den Beschlüssen des Vereins südwestdeutscher Zeitungs-Verleger sind die Zeitungen gehalten:

1. Kurze Hinweise im redaktionellen Teile des Blattes auf Veranstaltungen von Vereinen (auch Sportclubs), ebenso Vorträge und Vorstellungen aller Art nur in Verbindung mit einer Anzeige am Tage oder Montage des Stattfindens der Veranstaltung aufzunehmen. Diese kurzen Hinweise dürfen keine Angabe über Eintrittsgeld, Kartenverkauf, Beginn usw. enthalten. Eine Ausnahme findet nur statt bei Veranstaltungen von nationaler und kultureller Bedeutung, wenn es sich um Wohltätigkeitsveranstaltungen handelt.
2. Einfendungen von Besörden zwecks Umgehung des Anzeigenteiles abzulehnen.
3. Jede direkte oder verdeckte Geschäftsreklame im redaktionellen Teile abzulehnen.

Zur Vermeidung von Auseinandersetzungen mit dem Personal unserer Geschäftsstelle resp. der Redaktion bitten wir unsere Leser von diesen Grundregeln Kenntnis zu nehmen und weitergehende Wünsche, deren Erfüllung uns unmöglich ist, nicht zu äußern. Der Verlag.

BAUBUND-MÖBEL

in bewährter Güte und reicher Auswahl zu angemessenen Preisen gegen Barzahlung oder auf Teilzahlung.

Eigene Verkaufsstellen:

KARLSRUHE, Karlsruhstr. 22
FREIBURG, Kaiserstr. 27
BRUCHSAL, Gewerbehalle a. Markt
PFORZHEIM Theaterstr. 15
OFFENBURG, Steinstr. 2
MOSBACH, Hauptstr. 12
MANNHEIM, Schloß, rechter Flögel, Reitbahn

W. 169

BADISCHER BAUBUND G.M.B.H.
Gemeinnütziger Möbelvertrieb

Telephon 5157. Karlsruhe am Rodolfplatz.

Badisches Landestheater. Donnerstag, 18. Jan. 7 b. g. 10 Uhr. 800 Mk. Abonn. D 12. Th.-Gem. B.V.B. alle Nr. über 4600.

Torquato Tasso.

Unsere Reklame hat lebendige Kraft

und wird täglich von Abertausenden mit Interesse erwartet, besonders aber von denjenigen, die das **Geboselhaus** und seine Waschmittel bereits kennen gelernt haben.

Jagdverpachtung.

Bad. Forstamt Pforzheim verpachtet am Montag, den 22. Januar 1923, nachmittags 2 Uhr, auf dem **Seehaus im Sagenloch bei Pforzheim** das Jagdrecht auf der Gemarkung Hagenschieß in drei Jagdrevieren und zwar: I. nördlich der Würmbergerstraße mit etwa 140 ha Feld und 696 ha Wald, zusammen 836 ha; II. zwischen Würmberger- und alten Tiefenbronnerstraße mit rund 1142 ha Wald; III. südlich der alten Tiefenbronnerstraße und Würmtalstraße mit 604 ha. Pachtkbedingungen liegen auf dem Forstamt zur Einsicht offen. O. 555

Bürgerl. Rechtspflege a. Streittige Gerichtsbarkeit.

O. 736. Billingen. Über den Nachlaß des Möbelhändlers Gottlieb Rosenfelder in Billingen wurde heute die Nachlassverwaltung angeordnet. Billingen, 12. Jan. 1923. Bad. Notariat 1.

Bestimmene Bekanntmachungen.

Jagd-Verpachtung.

Bad. Forstamt Schwetzingen verpachtet in öffentlicher Versteigerung am Donnerstag, den 25. Januar d. J., vormittags 11 Uhr, im Wald in Schwetzingen den Jagdbezirk VII Infultheimer Hof auf Gemarkung Hoderheim mit 494 Hektar. Die Pachtkbedingungen liegen beim Forstamt Schwetzingen auf. O. 740

Zentral-Güterrechts-Register für Baden.

Bühl. O. 657
Güterrechtsregistereintragung Band II Seite 492: Braun, Bernhard, Gasthofbesitzer, und Bergmann, Christine in Gerentweil. Vertrag vom 23. September 1922. Gütertrennung des BGB. Bühl, 7. Jan. 1923.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Mannheim. O. 738
Zum Güterrechtsregister wurde heute eingetragen: Band XV D. 3. 38 Karl Daab, Flaschenbierhändler, und Rosa geb. Hofmann in Mannheim. Durch Vertrag vom 2. Januar 1923 ist Gütertrennung vereinbart. Mannheim, 13. Jan. 1923.
Bad. Amtsgericht B. O. 4. Offenburg. O. 675
Güterrechtsregistereintragung Band II Seite 467. Ferdinand Braun, Bahnbediener in Rammerstweier, und Luise Braun geborene Wiegele. Vertrag vom 9. Juni 1922. Gütertrennung. Offenburg, 11. Jan. 1923.
Amtsgericht 1. Der Gerichtsschreiber.

Überlingen. O. 688
Güterrechtsregistereintragung Band II Seite 199: Dennewisser, August, Landwirt in Adelsreute, und Theresia geborene Amann. Vertrag vom 16. Oktober 1922. Allgemeine Gütergemeinschaft. Überlingen, 2. Jan. 1923.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Billingen. O. 734
Im dies. Güterrechtsregister Bd. II Seite 270 wurde heute eingetragen: Wilhelm Faber, Lokomotivführer in Billingen, und dessen Ehefrau Frieda geb. Baumann. Vertrag vom 19. Dezbr. 1922. Gütertrennung. Bad. Amtsgericht Billingen.